

Zeitschrift: Zoom : illustrierte Halbmonatsschrift für Film, Radio und Fernsehen
Band: 24 (1972)
Heft: 19

Rubrik: Intermedia

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dem Jubelruf «Herrlich weit!» hinzufügt «O ja, bis an die Sterne weit!», stimmt er ihm zwar zu, stellt ihn aber auch in Frage. Noch kennt er nicht die Astronautik des 20. Jahrhunderts, aber er kennt die Astronomie seit Kopernikus, Giordano Bruno und Galilei. Es ist richtig, dass der Mensch es herrlich weit gebracht hat, zweifelhaft jedoch, ob er es wirklich so weit gebracht hat, wie sein Selbstlob es rühmt. Die fünf Sonntag-Vorträge von Prof. Dr. Hermann Levin Goldschmidt gelten der Freiheit, dem Bösen, der Zukunft, der Technik und der Umweltkrise. In jedem dieser Bereiche ist die Menschheit weit vorangekommen, findet sich nun aber auch zutiefst beunruhigt. Überall drohen Gefahren. Aber die letzten Worte der Überschrift des letzten Vortrags über die Umweltkrise sprechen von einer «sinnvollen Herausforderung». Im Hinblick auf die Freiheit, Schuld, Zukunft, Technik und Umweltkrise geht es trotz ihrer Ausartungen um menschheitliche Wachstumsvorgänge, die nicht vermieden, sondern bewältigt sein wollen. Schon deshalb, weil kein anderes Schicksal droht, als ein vom Menschen selber verschuldetes, kann der Mensch es auch meistern. – Die folgenden Sendungen sind jeweils am Sonntag, 12. November, 3. Dezember, 24. Dezember 1972 und 14. Januar 1973, um 11.30 Uhr im 1. Programm von Radio DRS zu hören: 2. Sogenanntes und wirkliches Böses – zuletzt jedoch nurmehr Gutes! – 3. Neue Zukunftsverantwortung, aber zwischen Futurum und Advent – 4. Freiheit gegen die Technik dank der Technik – 5. Die Umweltkrise – eine sinnvolle Herausforderung.

22. Oktober, 17.15 Uhr, DRS
2. Programm

Apologie des Zweifels

Das Stück spielt in einem deutschen Schützengraben während des Ersten Weltkriegs. Fünf Grenadiere und ein Unteroffizier warten auf den Anbruch des Tages, der eine entscheidende Schlacht und damit für die sechs Soldaten aller Wahrscheinlichkeit nach die Entscheidung über Leben und Tod bringen wird. Angesichts des bevorstehenden mörderischen Kampfes stellt sich die Frage nach Gott, nach dem Sinn des Lebens. Meinungen Gläubiger und Ungläubiger werden konfrontiert mit der «Rede des toten Christus vom Weltgebäude herab, dass kein Gott sei» von Jean Paul. Diese Textverbindung wird vom Autor ausdrücklich nicht als «theologische Angelegenheit», sondern als «Apologie des Zweifels» überhaupt verstanden. Im Hörspiel «Apologie des Zweifels» von Ernst Meister (Produktion Süddeutscher Rundfunk) führt Otto Düben Regie; es spielen: Wolfgang Reichmann, Hans Peter Hallwachs, Horst Michael Neutze, Wolfgang Hinze, Martin Benrath und Christoph Quest.

26. Oktober, 21.30 Uhr, DRS
1. Programm

Kirche, Krieg und Frieden

Seit jeher gab es für den Christen und das Christentum immer zwei mögliche, jedoch entgegengesetzte Grundhaltungen: auf der einen Seite ein extremer Pazifismus, auf der andern ein Zusammengehen mit dem Staat und seiner Macht. Vor kurzem erschien im Walter-Verlag (Olten) ein neues Buch von Pfarrer Dr. Karl Hammer (Delsberg), dem Dozenten für Kirchengeschichte an der theologischen Fakultät der Universität Basel. Es trägt den Titel «Christen, Krieg und Frieden» und liegt der Sendung zugrunde. Peter Schulz unterhält sich mit Karl Hammer über die wichtigsten Punkte des vielschichtigen Problems; durch Dokumente, viele davon stammen aus der Schweiz, soll das Problem zusätzlich belegt werden.



Die Kirche braucht die Massenmedien

Die Kirche, auch die schweizerische evangelisch-reformierte, sucht nach einer brauchbaren Medienpolitik. Dr. Manfred Linz, Rundfunkintendant in der Bundesrepublik, hielt anlässlich einer Massemedientagung in Rüdlingen ein Referat, in dem zwar keine kirchliche Medienpolitik formuliert wurde, das aber einige Grundsätze zum Selbstverständnis einer solchen enthielt. ZOOM publiziert den Vortrag in leicht gekürzter Form und hofft, damit eine Diskussion zur längst fälligen Formulierung einer kirchlichen Medienpolitik in Gang zu bringen.

Die Massenmedien sind in unserer Gesellschaft unentbehrlich, und zwar in einem wörtlichen Sinne. Ohne Radio, Fernsehen und Zeitung wäre eine Gesellschaft von den heutigen Ausmassen überhaupt nicht existenzfähig. Nach drei Tagen würde alles zusammenbrechen: Versorgung, Wirtschaft, Politik. Aber es gilt auch im übertragenen Sinne. Eine Gesellschaft, wie wir sie uns wünschen, wie sie unserem Menschenbild, unseren Traditionen und Grundrechten entspricht, wäre ohne öffentliche Kommunikation nicht denkbar.

Für die Demokratie unerlässlich

In einer pluralistischen Gesellschaft, also in einer Gesellschaft, die weder christlich noch sozialistisch noch überhaupt von einer einheitlichen Weltanschauung geprägt ist, sind die Werte und Ziele, also das, was in der Gesellschaft gelten soll, nicht aus einer allen vorgegebenen Norm ableitbar, sondern muss durch Übereinkunft gefunden werden. Das Gemeinwohl, das «bonum commune» muss ausdiskutiert, ja, im Ausgleich der einander widerstrebenden Interessen ausgehandelt werden. Das ist wirklich ein Handel, so wie er in den Südländern auf dem Markt stattfindet. Nur in öffentlicher Kommunikation, also in öffentlicher Diskussion, lässt sich erheben, was der Satz bedeuten soll, dass wir in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat leben wollen. Und dafür muss es Massenmedien geben. Sie haben noch eine zweite elementare Funktion: Die öffentliche Kommunikation setzt das oberste Prinzip einer demokratischen Gesellschaft in Kraft: Alle Gewalt geht vom Volke aus; alle Angelegenheiten, die die Bürger gemeinsam betreffen, müssen darum grundsätzlich öffentlich sein. Sonst kann man ja nicht mitbestimmen. Demokratie heisst Kontrolle der Herrschaft durch alle Beteiligten und Betroffenen. Darum hat die öffentliche Kommunikation und darum haben die Träger der öffentlichen Kommunikation, also die Zeitungen, die Rundfunkanstalten usw., eine kritische Funktion sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber Partikularinteressen sowohl vom Einzelnen wie von Verbänden.

Konflikte aufdecken, nicht harmonisieren
Fast noch wichtiger scheint mir heute eine dritte Funktion der öffentlichen Kommunikation. Uns belastet immer mehr die Phasendifferenz zwischen den tatsächlichen gesellschaftlichen Veränderungen durch Technologie und Wissenschaft und ihre Eingriffe in das Leben, die uns nötigen, uns an immer weiteren Horizonten einer Weltgesellschaft zu orientieren, und unserem provinziellen Bewusstsein. Die tatsächlichen Veränderungen stehen noch in keinem Verhältnis zu ihrer Verarbeitung in den politischen Institutionen, die die Entscheidungen treffen. Wir reagieren viel zu langsam. Was das zur Folge hat, wenn dieser Prozess noch zehn, zwanzig oder dreissig Jahre weitergeht, kann man sich unschwer ausmalen. Eine der wichtigsten Funktionen der öffentlichen Kommunikation ist darum heute, das Instrumentarium bereitzustellen, mit dessen Hilfe neue Bedürfnisse, neue Konfliktzonen, neue Deklassierungen von Bevölkerungsgruppen erkannt und so rechtzeitig besprochen werden, dass soziale Explosionen vermeidbar bleiben. Ich behaupte also: Öffentliche Kommunikation wirkt dadurch integrativ, dass sie Konflikte aufdeckt und bespricht, nicht dadurch, dass sie sie verschweigt oder harmonisiert. Das letztere ist das fundamentale Missverständnis der öffentlichen Kommunikation. Wir finden es bei nahezu allen Leuten, die politische Macht haben, also bei Parteien, Regierungen, Ver-

bänden. Sie wünschen sich eine öffentliche Kommunikation, die die Extreme abschneidet, die alles zur Mitte hin orientiert, die also den Konflikt vermeidet, während doch die lebenswichtige Funktion der öffentlichen Kommunikation gerade darin besteht, dass sie nicht harmonisiert sondern die Konflikte aufdeckt und sie bespricht, damit sie gelöst werden können.

Massenmedien als grosse Kanzel

Auch die Kirche braucht die Massenmedien. Aber so sagen wir das nicht. Eine Partei oder auch eine Firma würden das Thema etwa so formulieren: «Wie machen wir uns die Massenmedien am besten dienstbar?» Das ist eine klare Frage, auf die es möglicherweise eine klare Antwort gibt. Aber so nackt stellt sich die Kirche natürlich nicht hin. Wir fragen nach der «Verantwortung der Kirche in den Massenmedien», und wir zeigen dadurch an, dass wir altruistisch sind. Die anderen sind egoistisch, wir sind altruistisch. Warum gelingt es uns nicht, unsere Interessen genau so gerade heraus öffentlich auszusprechen, wie es Parteien, die an die Regierungsmacht wollen, oder Firmen, die ihre Fabrikate verkaufen wollen, auch tun? Ich glaube, weil die Kirche ein zwiespältiges Verhältnis zu den Massenmedien hat. Es finden sich egoistische und altruistische Züge in diesem Verhältnis und stehen sich gegenseitig im Wege. Zunächst braucht die Kirche die Massenmedien für die Werbung. In die Kirche kommen nicht mehr so sehr viele Leute, jedenfalls erheblich weniger als früher. Ein grosser Prozentsatz unserer Bevölkerung wird also durch die unmittelbare Kommunikation der Kirche in den Pfarrgemeinden, in Akademietagungen usw. nicht mehr erreicht; darum braucht die Kirche die Massenmedien, um an diese Leute heranzukommen. Wenn man es weniger kommerziell ausdrücken möchte, kann man sagen, die Massenmedien sind die grosse Kanzel, mit denen die Kirche, potentiell jedenfalls, in jedes Haus kommt. Darum möchte die Kirche gerne in den Massenmedien vertreten sein, und zwar so viel als möglich. Denn der, von dem nicht geredet wird, der ist ja in einer solchen grossen Gesellschaft faktisch nicht existent. Die Kirche muss sich also ins Gespräch bringen. Sie muss nicht nur dafür sorgen, dass sie selber zu Wort kommt, sondern sie möchte, dass möglichst viele Redaktionen sich mit ihr beschäftigen.

Zweideutiges Verhältnis zur Publizität

Nun haben die Verbände – und die Kirche ist ja ein Verband – ein sehr unterschiedliches Verhältnis zur Öffentlichkeit. Manchen liegt überhaupt nichts an der Öffentlichkeit, z. B. den Arbeitgeberverbänden. Je weniger von ihnen geredet, um so lieber ist es ihnen; denn sie haben ja keine Massenbasis. Ihre Wirkungsmöglichkeit liegt darin, dass sie im persönlichen Kontakt zu Abgeordneten oder zu Regierungsstellen die Dinge durchbringen, welche ihnen wichtig sind. Sobald ihre Absichten an die Öffentlichkeit kommen, schadet das ihrer Sache nur. Es gibt ganz andere Gruppen von Verbänden, die keinen direkten, sondern nur einen indirek-

ten Zugang zur politischen Szenerie haben. Sie brauchen darum auch Öffentlichkeit, damit möglichst viele Leute über ihre Ziele informiert werden; denn sie können sich nur dadurch Einfluss und Geltung in der Gesellschaft verschaffen, dass sie eine möglichst grosse Zahl von Leuten hinter ihre Ziele bringen. Dazu gehören die Kirchen. Ihre Wirkung beruht auf ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Fähigkeit, Zustimmung zu ihren Zielen zu mobilisieren und damit einen Meinungsdruck zu erzeugen. Alle Verbände aber, das gilt für die Arbeitgeberverbände wie für die Kirchen, können durch die Öffentlichkeit verunsichert werden. Sie sind anfällig gegen öffentliche Kritik, weil die Loyalität ihrer Mitglieder gegenüber dem Verband darauf beruht, dass die Interessen der Mitglieder mit den Verbandsinteressen übereinstimmen. Solange ich als Arbeiter den Eindruck habe, die Gewerkschaft sorgt erfolgreich dafür, dass ich meinen Anteil am Sozialprodukt bekomme, solange bin ich bereit, ihr zu folgen und auch einen Beitrag zu bezahlen. Solange ich den Eindruck habe, dass die Kirche wenigstens im grossen und ganzen dem entspricht, was ich mir von der Religion erwarte, und was ich als Wirkung der Religion in der Gesellschaft für richtig halte, solange bin ich bereit, die Kirchen zu unterstützen und auch Kirchensteuern zu bezahlen. In dem Moment, wo dieses Gefühl schwindet, ist der Zusammenhalt zwischen Verband und Mitglied bedroht, und damit die Existenz eines Verbandes gefährdet. Darum braucht etwa die Kirche Publizität. Aber die Verbandsspitze, die Kirchenleitung also, ist aufs höchste daran interessiert, dass diese Publizität das Image des Verbandes nicht schädigt, sondern fördert. Und das ergibt das zweideutige Verhältnis der Kirche zur Öffentlichkeit. Je mehr Öffentlichkeit, desto besser, aber bitte – die richtige Öffentlichkeit. Und wehe, wenn es kritische Publizität ist. Dann werden die Massenmedien angeklagt, weil sie ein so zersetzendes Bild von der Kirche malen. Genauso reagieren übrigens die Gewerkschaften, die politischen Parteien.

Es gibt noch einen weiteren Grund für die beobachtete Unsicherheit. Die Kirche wendet sich mit sehr unterschiedlichen Absichten der Öffentlichkeit zu. Ich glaube, es sind im wesentlichen drei. Die Kirche will erstens verkündigen. Sie will zweitens dienen. Es gibt noch eine dritte Absicht, mit der die Kirche sich der Öffentlichkeit zuwendet: die Wahrung ihrer Verbandsinteressen. Das ist völlig legitim. Kein Mensch, glaube ich, findet etwas dabei. Die Kirche ist ein grosser Verband und muss darum sehen, dass sie sich in einer pluralistischen Gesellschaft zu Gehör bringt. Auch wer Machtansprüche der Kirche ablehnt, wird keinen Widerspruch erheben, wenn eine Kirche ihre Interessen ebenso deutlich formuliert wie der Verband der Kassenärzte. Unmut und Verwirrung entstehen erst daraus, dass die Kirche diese drei ja sehr unterschiedlichen Absichten nicht auseinanderhält, sondern so oft vermischt. Und zwar vermischen sich am häufigsten die öffentliche Verkündigung und die Wahrung der

Verbandsinteressen, und auch die Diakonie und die Wahrung der Verbandsinteressen. Die Kirche sagt Verkündigung und Dienst, aber sie meint die Existenzhaltung der Institution. Die Kirche erscheint also als ein Zwitter. Im Unterschied zur Kirche sind etwa Parteien in ihren Interessen eindeutig definiert. Parteien wollen die Regierungsgewalt haben, und die sagen das auch. Ebenso ist es mit den anderen Verbänden. Alle vertreten klare Interessen. Nur bei der Kirche weiss man nicht, woran man ist. Sie tritt im gleichen Atemzug für sich selbst ein und für andere, sie plädiert in einem für Selbstlosigkeit und für Privilegierung. Diese Zweideutigkeit ist wohl nicht selten unbewusst. Dann hat sie theologische Gründe. Nicht selten ist diese Zweideutigkeit aber auch Taktik, die zur Sicherung des Einflusses oder auch nur des Bestandes angewendet wird. Und hier liegt der Grund, warum der Kirche in der Öffentlichkeit so leicht Heuchelei vorgeworfen wird. Ich glaube übrigens, dass die langfristigen Schäden dieser Verschleierung der Motive den kurzfristigen Nutzen bei weitem überwiegen. Darum halte ich die Aufklärung des Bewusstseins innerhalb der Kirche und die Offenlegung der Motive für eine der dringendsten Aufgaben, die uns heute gestellt sind.

Theologische Gründe

Die Kirche erschwert sich ihre Verkündigung dadurch, dass sie die Voraussetzungen ihres öffentlichen Redens nicht kennt und nicht klärt. In ihrem Verhältnis zur Gesellschaft tut sich die Kirche ja mit dem am schwersten, was ihr selbst am wichtigsten ist, nämlich mit der öffentlichen Verkündigung des Evangeliums. Ich gehe dabei von der Beobachtung aus, dass die Kirchen heute zunehmend um ihre Identität besorgt sind. Die Kirchen haben offenbar das unabweisbare Bedürfnis, bei allem was sie sagen und tun, das Proprium der Kirche klarzumachen. Es gibt anscheinend nichts, was die Kirchen heute so fürchten wie die Ununterscheidbarkeit ihres Redens und Handelns. Und allen sind die Formulierungen im Ohr, die diese Situation anzeigen. «Warum sollen wir das tun, das können andere doch auch?», «Was ist daran eigentlich spezifisch christlich?»

Wie ist das zu erklären? Teils entspringt es der Mentalität eines verunsicherten Verbandes, dessen Existenzberechtigung nicht mehr selbst evident ist, der sich darum ständig seinen Mitgliedern gegenüber als unentbehrlich präsentieren muss. Es gibt ja schon Anlass sich zu fragen, wofür heute Kirche nötig und gut ist. Das ist keineswegs allen Mitgliedern klar. Man darf also der Kirche die Suche nach Identität nicht vorhalten. Aber die eigentlichen Gründe liegen nicht im Verhalten der Kirche, sondern in einer Entwicklung der letzten Jahrhunderte. So viel Christliches, was wir bisher getan haben und woran wir auch für alle Leute erkennbar waren, ist inzwischen Gemeingut der Gesellschaft geworden. Caritas, Sorge für die Schwachen, Armen, Verfolgten war früher Sache der Kirche. Hospitäler, Herbergen zur Heimat hatten nur die Kirchen.

Aber inzwischen war die Kirche so erfolgreich in der Stimulierung des sozialen Gewissens, dass auch andere Träger soziale Verantwortung übernommen haben, vor allem der Staat. Also ihr sozialer Erfolg bringt jetzt die Kirche in eine Situation, in der sie in ihrem sozialen Handeln nicht mehr unterscheidbar ist. Identifizierbar ist die Kirche nur noch in ihrem Wort. Und darum das Bemühen, das verbale Erkennungszeichen der Kirche so oft wie möglich vorzuführen. Alles Handeln wird darum durch begleitendes Reden als kirchlich identifiziert, etwa so: «Nur in Jesus Christus können wir das», «Alles hilft natürlich nichts, wenn wir nicht die Vergeltung Gottes haben». Jetzt kommt das ganze Vokabular, das zur Sache selber nichts beiträgt, sondern nur erklärt, woher die Christen ihre Motivation haben. Hinzu kommt protestantisches Dogma von grossem Einfluss, der Grundsatz, dass das Evangelium als Wort von aussen zu uns kommt, dass wir uns das Wort des Heils nicht selbst sagen können, dass Verkündigung die verbindliche Deklaration des Gotteswillens ist, der uns unbekannt bleibt, wenn er uns nicht verkündigt wird. Kein Wort gegen diese Theologie, jedenfalls in diesem Zusammenhang nicht. Ich nehme das als ein kirchlich-theologisches Selbstverständnis der Kirche hin, nur muss man sagen: Es wirkt sich anders aus als wir vermuten. Weil wir bei den gesellschaftlichen Voraussetzungen dieses Redens uns nicht deutlich genug klargemacht haben, geht der Schuss nach hinten heraus. Denn a) in einer pluralistischen Gesellschaft, in der es keine Normen gibt, die aussagen, was für diese Gesellschaft gut ist, in der die Werte und Ziele der Gesellschaft ausdiskutiert und ausgehandelt werden müssen, und b) in einer Massenkommunikation, deren Aufgabe es ist, sich freizuhalten von unmittelbaren Verbands- oder Regierungseinflüssen, verliert die Kirche ihre Unverwechselbarkeit gerade dadurch, dass sie sie behauptet. Was die Kirche als Deklaration des unverfügbaren Gotteswillens äussert, was sie nicht auf ihre, sondern auf die Autorität Gottes gründet, das wird in dieser Gesellschaft als Selbstbestätigung von Verbandsvertretern gehört. Gerade wenn jemand seine Einzigartigkeit plakatiert, wird er als Vertreter seiner Interessen angesehen. Das gilt für Waschmittelhersteller wie für Weltanschauungsvertreter. Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft lässt sich nicht beanspruchen, sie wird verliehen. Mit der Glaubwürdigkeit ergeht es uns wie mit der Autorität. Wer Autorität beansprucht, hat heute keine Autorität mehr. Also, was immer wir beanspruchen mögen an Einzigartigkeit und damit an Gehör für eine so einzigartige Sache – es nützt nichts. Es kommt anders an, als es beabsichtigt ist. An dieser Stelle liegt für mich auch das grundlegende Missverständnis etwa der Gottesdienstübertragungen und der Morgenandachten im Rundfunk. Sofern sich die Kirche in diesen Sendungen nur an Glaubende wendet, erhebe ich keinen Einspruch. Sofern sie aber mit Gottesdienst und Morgenandachten über den Kreis der Kirchentreuen hinaus möchte,

sofern sie Öffentlichkeit erreichen möchte, tun die meisten Predigten und immer noch viele der Morgenandachten genau das, was öffentliches Gehör, was gesellschaftliche Wirkung verhindert. Denn die Wahrheitsfindung in unserer Gesellschaft geht nicht mehr so vor sich, dass jemand die Wahrheit deklariert, sondern so, dass die Wahrheit in Argument und Gegenargument und im Vorweisen des Exemplarischen ausgehandelt wird, im Widerstreit der verschiedenen Meinungen und der verschiedenen Wertsysteme. Der kirchlichen Verkündigung in den Medien liegt dagegen immer noch eine Vorstellung von Wahrheitsfindung und von Öffentlichkeit zugrunde, die sich mit allem, was wir über die Ermittlung des «bonum commune» in einer pluralistischen Gesellschaft wissen, nicht vereinbaren lässt.

Dr. Manfred Linz

NOTIZEN

Grosses Echo auf die Null-Nummer «ZOOM-Filmberater»

Das Echo der Leserschaft auf die Null-Nummer «ZOOM-Filmberater» war schlechthin überwältigend. Bis zur Niederschrift dieser Zeilen am 29. September sind allein bei der Redaktion ZOOM 295 Antwortkarten eingetroffen. Das bedeutet, dass ungefähr 18 Prozent aller Abonnenten reagiert haben. Wer immer auch schon mit solchen Umfragen zu tun gehabt hat, wird dieses Ergebnis als überdurchschnittlich bezeichnen. Bei den Filmberater-Abonnenten erzielte die Umfrage einen ähnlichen Erfolg.

Gefreut haben wir uns vor allem an der Anteilnahme unserer Leserschaft über die Zukunft der beiden Zeitschriften. Viele Abonnenten haben es sich nicht nehmen lassen, der Antwortkarte noch Briefe beizulegen, um ihrer Meinung über die Null-Nummer Ausdruck zu verleihen. Und es gab kaum Karten, auf denen der Raum für weitere Bemerkungen leer blieb. Dafür gebührt allen Lesern, die sich an der Umfrage beteiligt haben, der herzlichste Dank. Für die Redaktion ist es eine Genugtuung, ein so aktives und interessiertes Publikum im Rücken zu wissen.

Noch ist es zu früh, die detaillierte Auswertung der Umfrage zu publizieren. Dafür bedarf es noch einer genaueren Erfassung aller Antworten und Anregungen. Für heute bloss so viel: Die Fusion der beiden Zeitschriften wird mit ganz wenigen Ausnahmen befürwortet. Der Gedanke einer ökumenischen Medienzeitschrift hat – man kann es nicht anders ausdrücken – Begeisterung ausgelöst. Dass der gewählte Schriftgrad zu klein und für den einspaltigen Umbruch deshalb ungünstig

war, haben sehr viele Leser festgestellt. Hier wird Abhilfe zu schaffen sein. Mit Zufriedenheit haben Herausgeber und Redaktion zur Kenntnis genommen, dass der früher sehr umstrittene Name der Zeitschrift – ZOOM – sich offensichtlich eingebürgert hat und kaum mehr zu Diskussionen Anlass gibt.

Eine genaue Auswertung der Umfrage, welche auch die wesentlichen Ergebnisse auf katholischer Seite berücksichtigen wird, soll in einer späteren Ausgabe von ZOOM publiziert werden. Überhaupt wird die Redaktion sich bemühen, die Leserschaft über die weitere Entwicklung der Fusionsbemühungen zu informieren. Dass bei der Gestaltung der gemeinsamen Medienzeitschrift die vielen Anregungen aus dem Kreis der Leserschaft im Rahmen des Möglichen berücksichtigt werden, ist selbstverständlich. Urs Jaeggi



Förderung des schweizerischen Filmschaffens

Das Eidg. Departement des Innern hat auf Grund des Filmgesetzes über eine erste Serie der im Jahre 1972 eingereichten Beitragsgesuche entschieden. Von den 61 angemeldeten Filmen sind folgende sechs Werke mit einer *Qualitätsprämie* ausgezeichnet worden: «Les Arpenteurs» (Produktion und Regie: Michel Soutter, Genf): 60000 Franken, wovon 10000 Franken für den Kameramann Simon Edelstein; «Die grünen Kinder» (Produktion und Regie: Kurt Gloor, Zürich): 45000 Franken; «Volksmund» (Produktion und Regie: Markus Imhoof, Siglistorf): 35000 Franken; «Eines von zwanzig» (Produktion und Regie: Fritz E. Mæder, Bern): 20000 Franken; «Le moulin Delvay sis à La Quielle» (Produktion und Regie: Claude Champion, Pully): 20000 Franken; «Zur Wohnungsfrage 1972» (Produktion: Hans und Nina Stürm, Zürich; Regie: Hans Stürm): 20000 Franken.

Ferner erhielten Studienprämien: «Arise Like a Fire/Pharmacie» (Produktion und Regie: Hans-Jakob Siber, Aathal/Seegraben): 4000 Franken; «Die Nägel» (Produktion und Regie: Kurt Aeschbacher, Rümlang): 4000 Franken; «Kreise» (Produktion und Regie: Marcel Spühler, Zürich): 3500 Franken.

Für die Herstellung von Filmen sind 253000 Franken bewilligt worden: «La Sainte Famille» (schweizerischer Koproduzent und Regie: Pierre Koranik, Zürich): 200000 Franken; «Zur Situation der Frau im Grünen» (Produktion und Regie: Kurt Gloor, Zürich): 30000 Franken; «L'Agenda de Monsieur Jules» (Produktion und Regie: Franc Pichard, Ecublens): 12000 Franken; «La famille Baud de L'Auberson» (Produktion und Regie: Luc Bachofen, Genf): 11000 Franken.

Weitere Beiträge in der Höhe von 305500 Franken wurden für filmkulturelle Organisationen, die Ausarbeitung von Drehbüchern und die Vertretung des schweizerischen Filmschaffens im Ausland bewilligt.